

## **Kommuniqué der SUB zur Stellungnahme der Universität Bern vom 30.06.2025**

Die SUB hat im Zusammenhang mit der Stellungnahme der Universität Bern vom 30. Juni 2025 zum Bewilligungsentzug für ein öffentliches Gespräch zwischen der UN-Sonderberichterstatteerin Francesca Albanese und der Generalsekretärin von Amnesty International über die Menschenrechtslage in Gaza mehrere Anfragen aus der Studierendenschaft erhalten.

Diesbezüglich verweist die SUB auf [ihre Stellungnahmen vom Frühling 2024](#), die noch immer aktuell sind. Darin fordert sie die Universität Bern dazu auf, ihre wiederholt bekundete Offenheit für einen konstruktiven Dialog mit Studierenden, Universitätsangehörigen und der Zivilgesellschaft umzusetzen und konkrete Dialogräume zu schaffen. Gestützt auf der Motion [24.2008](#) des Studierendenrats verlangt die SUB zudem, dass sich die Universität klar für die Einhaltung des Völkerrechts positioniert, jegliche Gewalt gegen die Zivilbevölkerung verurteilt und alle Kooperationen sowie Forschungsprojekte mit anderen Universitäten anhand transparenter, ethischer Standards überprüft.

Der SUB-Vorstand steht bezüglich dieser Forderungen im Austausch mit der Universitätsleitung. Ausserdem versucht er durch den Austausch einen tieferen Einblick in die Hintergründe des Bewilligungsentzugs vom 30.06.2025 zu erhalten.

Gleichzeitig ruft die SUB alle interessierten Studierenden dazu auf, sich mit ihren Anliegen, Unsicherheiten und Forderungen zur aktuellen Situation an der Universität Bern an die SUB und ihre Fachschaften zu wenden und sich aktiv an einem engagierten, konstruktiven und pluralistisch-wissenschaftlichen hochschulpolitischen Dialog zu beteiligen.